GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Wissenschaftsförderung und Gleichstellungspolitik. Das Nationale Forschungsprogramm „Gleichstellung der Geschlechter“ der Schweiz

Liebig, Brigitte

2011

https://doi.org/10.25595/3277

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Liebig, Brigitte: *Wissenschaftsförderung und Gleichstellungspolitik. Das Nationale Forschungsprogramm „Gleichstellung der Geschlechter“ der Schweiz*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 20 (2011) Nr: 1, 176–180. DOI: https://doi.org/10.25595/3277.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE
UNIVERSITÄT
BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Wissenschaftsförderung und Gleichstellungspolitik

Das Nationale Forschungsprogramm „Gleichstellung der Geschlechter" der Schweiz

BRIGITTE LIEBIG

Gleichstellungspolitisch wurde in den vergangenen 30 Jahren in der Schweiz vieles erreicht (vgl. z.B. BFS 2008, 2009; Bühler/Heye 2005): Als gleichstellungspolitischer „Spätzünder" konnte das Land offensichtlich von den Erfahrungen anderer Länder profitieren und hat wohl auch besondere Anstrengungen zum Ausgleich seines Rückstands unternommen (Ballmer-Cao/Michel 2009). Neben umfassenden legislativen Reformen tragen heute ein dichtes Netz von Gleichstellungsinstitutionen und -aktivitäten, ein deutlich verminderter „gender gap" im Bildungsbereich sowie eine im europäischen Vergleich hohe Frauenerwerbsquote zum Bild eines Wandels der Geschlechterverhältnisse bei.

Hinter diesen Errungenschaften verbirgt sich jedoch auch ein erhebliches Maß an Stagnation. Besonders die letzten Jahre machen deutlich, dass parallel zu einigen Verbesserungen neue Segregationsmuster und Ungleichheiten entstanden sind, wie z.B. ein hoher Frauenanteil bei Teilzeit- und geringfügiger Arbeit oder die anhaltend ausgeprägten Lohndifferenzen. Neuerungen wie die Mutterschaftsversicherung gehen mit der Erhöhung des Frauenrenteneintrittsalters einher. Auch lässt sich im Kontext institutionalisierter Gleichstellungspolitik und umfassender Maßnahmen zunehmend eine „Subtilisierung" (Müller 2008) und Individualisierung von Diskriminierungen erkennen, die es erschwert, erlebte Benachteiligungen zu thematisieren.

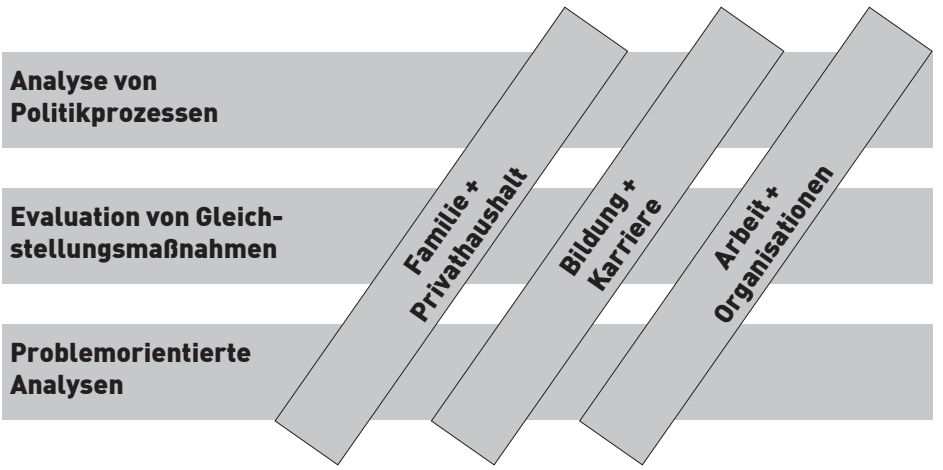
Vor diesem Hintergrund traten im Herbst 2010 einundzwanzig Forschungsteams aus allen Landesteilen der Schweiz an, neue Wissensgrundlagen und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Gleichstellungspolitik in der Schweiz zu schaffen. Die Forschungsaktivitäten finden im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms „Gleichstellung der Geschlechter" (NFP 60) statt, zu welchem der Bundesrat den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) – die größte Schweizer Institution zur Förderung wissenschaftlicher Forschung – Ende 2007 beauftragte (vgl. www.nfp60.ch). Das Programm knüpft eng an das im Jahre 1999 beendete NFP 35 „Frauen in Recht und Gesellschaft – Wege zur Gleichstellung" an, das zum ersten Mal in der Schweiz systematisch und in koordinierter Weise Fragen zu den Wegen und Hindernissen der Gleichstellung untersuchte. Während nicht wenige Themen, wie etwa Lohnungleichheit oder Gewalt, im NFP 60 erneut aufgegriffen werden müssen, so verfolgt das zweite, explizit mit Gleichstellung befasste Forschungsprogramm auch über das NFP 35 hinaus gehende Zielsetzungen (vgl. Liebig 2010):

- **Analyse von Politikprozessen:** Neben der Entstehung und dem Vollzug der schweizerischen Gleichstellungspolitik thematisieren die Projekte auch Politikfelder, die – wie die Sozial- und Steuerpolitik – nicht ausdrücklich auf die Förderung der Gleichstellung zielen, von denen jedoch Konsequenzen für diese zu erwarten sind. Vergleichende Projekte, in denen Ungleichheiten und gleichstellungspolitische Erfahrungen zwischen deutschsprachigen Ländern oder aber zwischen verschiedenen Schweizer Kantonen untersucht werden, nehmen dabei einen wichtigen Stellenwert ein. So stellt sich etwa angesichts der jüngsten Sozialversicherungsreformen in der Schweiz die Frage, wie die Lasten des Umbaus der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) gerecht verteilt und Ungleichheiten getilgt werden können, ohne spezifische Ausschnitte der Gesellschaft, darunter insbesondere Frauen, neuerlich zu benachteiligen.
- **Evaluation von Gleichstellungsmaßnahmen:** Empirisch fundierte Aussagen zur Wirksamkeit gleichstellungspolitischer Strategien, Programme und Maßnahmen, die auf staatlicher Ebene sowie in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen zur Anwendung gelangen, bilden ein wichtiges Desiderat in der Schweiz. Erfolge, Herausforderungen und Grenzen der Gleichstellungsaktivitäten sind auch vor dem Hintergrund der Situation in anderen europäischen Ländern zu bewerten. So wird z.B. die Frage gestellt, inwiefern betriebliche Programme zur Gleichstellung im Erwerbsleben auch ältere Berufstätige erreichen oder inwieweit familienexterne Angebote der Kinderbetreuung tatsächlich die berufliche Partizipation von Frauen verbessern können. Auf den Prüfstand geraten überdies die Effekte gesetzlicher Regelungen und institutioneller Angebote, die in den vergangenen Jahren zur Prävention von Gewalt in Partnerschaften geschaffen wurden.
- **Problemanalysen:** Fragen zur Persistenz von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bilden – gemessen an Fördersummen und Projekten – den Schwerpunkt des Programms. Ursachenorientierte Analysen sollen Geschlechterungleichheiten im Kontext aktueller gesellschaftlicher, institutioneller und biographischer Bedingungen verorten und dabei insbesondere auch die Wechselwirkungen zwischen Geschlecht und weiteren Kategorien sozialer Ungleichheit berücksichtigen. So wird etwa dem Zusammenspiel von ethnischer Herkunft und Geschlecht in seiner Relevanz für den Arbeitsmarktzugang im Allgemeinen wie in seiner Rolle für neue Unter- und Überordnungsverhältnisse in Familienhaushalten (Beispiel private Pflegedienstleistungen) empirisch nachgegangen. Zur Debatte steht überdies der Beitrag, den Organisationen des Service Public, Gewerkschaften oder die Privatwirtschaft als wichtige Agenten des Wandels zur Gleichstellung leisten.

Im Programm rücken Politikanalysen, Wirkungsanalysen und Ursachenforschung drei gleichstellungspolitische Kernbereiche in den Mittelpunkt: Familie, Bildung und Erwerbsarbeit. Sowohl innerhalb dieser Bereiche als auch an ihren Schnittstel-

len sollen Prozesse und Faktoren identifiziert werden, welche die Wirkung von gesetzlichen Vorgaben und Maßnahmen der Gleichstellung behindern, so dass sich Normativitäten und Verhaltensroutinen im Geschlechterverhältnis perpetuieren können. Mit der Analyse von Interdependenzen zwischen Familie und Erwerbsarbeit, Beruf und Bildungssystem, öffentlichem und privatem Raum soll einer ressortübergreifenden Perspektive Rechnung getragen werden. Und nicht zuletzt stellt die Untersuchung der komplexen Verknüpfungen und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Merkmalen sozialer Identität im Rahmen der Intersektionalitätsforschung eine der wissenschaftlichen Herausforderungen des Programms dar.

Abbildung 1: Zur Programmstruktur des NFP 60



Die Projekte des NFP 60 sollen vertiefte Erkenntnisse über die gesellschaftlichen, institutionellen und politisch-administrativen Voraussetzungen von Gleichstellungspolitik sowie den Einfluss weiterer Politikfelder auf gleichstellungspolitische Vorgaben zulassen. Sie sollen Aussagen darüber erlauben, inwiefern sich die seit den 1980er Jahren von verschiedenen gesellschaftlichen AkteurInnen verfolgten Konzepte und Maßnahmen der Gleichstellung im gesellschaftlichen Alltag, in Bildung, Erwerbsleben und Familie bewährt haben, sowie darüber, welche Herausforderungen heute und morgen mit der Umsetzung gleichstellungspolitischen Handelns und der Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit verknüpft sind.
Für Bildungseinrichtungen, Wirtschaft, Politik und Verwaltung soll das Programm Wissen und Empfehlungen zur Frage bereitstellen, wie Gleichstellungspolitik und -aktivitäten ausgestaltet sein müssen, damit sie Widerstände überwinden und gesellschaftliche Strukturen ebenso wie individuelle Handlungs- und Entscheidungsmuster in einem nachhaltigen Sinne beeinflussen können. Es soll darlegen, in welcher Weise transformativ auf traditionelles Bildungs- und Berufswahlverhalten, auf Care-Trends in Privathaushalten oder auf die Gleichstellung von älteren Arbeitneh-

merInnen Einfluss genommen werden kann. Es soll Anreizstrukturen, Instrumente und Prozesse offenlegen, die in direkter oder indirekter Weise zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen können.

Das NFP 60 macht deutlich, dass es gelungen ist, in den vergangenen Jahren in der Schweiz innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung sowie anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen ein beträchtliches Potential an ForscherInnen zu Geschlechter- und Gleichstellungsfragen aufzubauen. Die vielfach an interdisziplinär sozialwissenschaftlichen Perspektiven ansetzenden Projekte sind auf einen intensiven Dialog mit Politik und Medien, mit Unternehmen, sozialen Institutionen und Verwaltungen, mit Gleichstellungsstellen und –beauftragten sowie Frauen- und Männerorganisationen ausgelegt. Sie beleuchten wesentliche, mit aktuellen Gleichstellungsfragen verknüpfte Problemkomplexe und verleihen aktuellen (gleichstellungs-)politischen Debatten Substanz.

In der europäischen Forschungslandschaft kommt dem NFP 60 ein besonderer Status zu: Zwar wurden auf europäischer Ebene seit den 1990er Jahren – insbesondere im Kontext der Forschungsrahmenprogramme der Europäischen Union – verschiedene Programme zur Gleichstellungsthematik realisiert. Als Nicht-EU-Mitglied war es der Schweiz lange Zeit jedoch nur auf Projektbasis möglich, an dieser länderübergreifenden Forschungszusammenarbeit zu partizipieren. Das Schweizer Programm schließt zu einem gewissen Teil diese Lücke. Mit Analysen zur Gleichstellungspolitik in einem für seine (sprach-)kulturelle Vielfalt, seine föderalistischen Strukturen und Institutionen sowie seine direkte Demokratie bekannten Land kann das NFP 60 Fragestellungen und Perspektiven auf europäischer Ebene Impulse verleihen.

Das NFP 60 stellt schließlich eine Bereicherung und Innovation gleichstellungspolitischen Handelns selbst dar. Denn das Generieren und Bereitstellen von Wissen über (Un-)Gleichstellungsverhältnisse kann als wichtige gleichstellungspolitische Intervention gewertet werden, wie es Birgit Sauer, Politikwissenschaftlerin an der Universität Wien, in ihrem Vortrag anlässlich des Programmstarts des NFP 60 im Januar 2011 deutlich machte. Weder der Österreichische Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung noch die Deutsche Forschungsgemeinschaft haben im Rahmen der Wissenschaftsförderung bisher in ähnlicher Weise auf die Gleichstellungssituation in ihren Ländern Einfluss genommen. Die deutschen und österreichischen Institutionen der Forschungsförderung können sich also an der Schweiz ein Beispiel nehmen.

Literatur

Ballmer-Cao, Thanh-Huyen/**Michel**, Christine, 2009: Gleichstellungspolitik, Arbeitsmarkt, Wissenschaftsreformen: Gender Studies im gesellschaftspolitischen Kontext. In: Liebig, Brigitte u.a. (Hg.): Gender Studies in Ausbildung und Arbeitswelt. Das Beispiel Schweiz. Zürich, 27-43.

Bühler, Elisabeth/**Heye**, Cornelia, 2005: Eidgenössische Volkszählung 2000. Fortschritte und Stagnation in der Gleichstellung der Geschlechter 1970-2000, hg. vom Bundesamt f. Statistik. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik, 2008: Gleichstellung von Frauen und Mann. Die Schweiz im internationalen Vergleich. Eine Auswahl von Gleichstellungsindikatoren in den Bereichen Bildung, Arbeit und Politik. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik, 2009: Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. Stand und Entwicklung. Neuchâtel.

Liebig, Brigitte, 2010: Auf dem Prüfstand: Gleichstellung der Geschlechter in der Schweiz. In: Soziale Sicherheit CHSS, (6), 302-304.

Müller, Ursula, 2008: De-Institutionalisierung und gendered subtexts. „Asymmetrische Geschlechterkultur an der Hochschule" revisitied. In: Zimmermann, Karin/Kamphans, Marion/Metz-Göckel, Sigrid (Hg.): Perspektiven der Hochschulforschung. Wiesbaden, 143-156.